



Autor Georg Mascolo: „Ukraine-Berichterstattung spielte nicht die Rolle, die sie hätte spielen müssen. Das ist auch mein Versäumnis.“

FOTO: JANA EDISONCA

Georg Mascolo: „Wir wollten es nicht sehen“

Der frühere „Spiegel“-Chefredakteur Georg Mascolo spricht über die deutsche Russlandpolitik, journalistische Versäumnisse in der Berichterstattung und wie die investigative Recherche in Deutschland nach vorne gebracht werden kann.

Interview: MARCUS SCHUSTER

Mitte Oktober ist Ihr Buch „Das Versagen. Eine investigative Geschichte der deutschen Russlandpolitik“ erschienen. Sie haben es zusammen mit Ihrer Frau, der langjährigen Moskau-Korrespondentin des „Stern“, Katja Gloger, geschrieben. Wie schwer war die Recherche?

Dieses Buch war eine der größten Herausforderungen meines Berufslebens. Meine Frau wusste um die Komplexität – sie hat in Russland studiert, lange von dort berichtet und mehrere Bücher über Russland geschrieben. Sie traf Gorbatschow, Jelzin, sie hatte Wladimir Putin über Monate begleitet. Und sie hat schon vor vielen Jahren mit größter Sorge auf Putin, sein Machtsystem, die Repression, die immer aggressivere Außenpolitik geschaut. Sie gehörte zu den frühen Kritikerinnen etwa auch der Pipeline Nord Stream 2. Das war, als viele andere – auch ich – die Zusammenhänge noch nicht klar genug sahen.

Was haben Sie zutage gefördert?

Wir konnten viele streng vertrauliche, bislang unter Verschluss gehaltene Regierungsdokumente einsehen und mit zahlreichen Zeitzeugen sprechen. Viele von ihnen konnten wir überzeugen, sich mit ihren Erfahrungen und Einschätzungen auch zitieren zu lassen. Dass man sich allerspätestens am 24. Februar 2022 der Frage stellen musste, dass deutsche Russlandpolitik am Ende trotz aller Bemühungen versagt hat, dürfte mittlerweile Konsens sein. Aber wegen der mangelnden

Auskunftsbereitschaft von Beteiligten, politischem Spin und vor allem auch wegen gesetzlicher Sperrfristen wusste man doch erstaunlich wenig über Hintergründe und Zusammenhänge, auch über mögliche Zwänge und Dilemmata. Zu Beginn des Projektes kam uns das Auswärtige Amt sehr entgegen, Unterlagen wurden zeitnah entsperrt. Nach und nach öffneten sich mehr und mehr Gesprächspartnerinnen und -partner und stellten Dokumente zur Verfügung. **Die Bereitschaft war groß, weil doch so viele die Frage quält: Warum ist es so gekommen?** Was haben wir übersehen, was wollten wir vielleicht auch nicht sehen? Tragen wir vielleicht sogar eine Mitverantwortung für die Entwicklung?

Was haben die Medien übersehen? Was haben Sie sich persönlich vorzuwerfen, der Sie viele Jahre in redaktionellen Führungspositionen waren?

Wir führen diese Diskussion – glücklicherweise – nach jedem großen Ereignis: die sogenannte Flüchtlingskrise, die Pandemie, die Annexion der Krim, der Großangriff auf die Ukraine. Das bewahrt hoffentlich vor einem „Das war doch alles klar“-Journalismus, der sich nicht fragt, wo man mitgeirrt hat, und im Nachhinein alles besser weiß. In Moskau arbeiten seit langer Zeit viele kundige Korrespondentinnen und Korrespondenten, sie informieren uns trotz ständig schlechterer Bedingungen, wachsenden Drucks und Bedrohungen über die Entwicklung. An-

ders war es mit der Ukraine, immerhin größter Flächenstaat Europas, wenn man von Russland absieht. Da müssen wir uns schon selbstkritisch fragen, warum die Berichterstattung über ein Land dieser Bedeutung und von so komplexer und komplizierter Geschichte immer wieder von Moskau oder Warschau aus abgedeckt worden ist. Ohne permanente Korrespondenten. Übrigens auch vom „Spiegel“, der dort in den 90er-Jahren zunächst für einige Zeit eine Korrespondentin hatte und dann erst nach 2014 wieder ein Büro eröffnete. Das ist auch mein Versäumnis. Ukraine-Berichterstattung spielte nicht die Rolle, die sie hätte spielen müssen. Die Ukraine hätte sehr viel früher einen genaueren Blick verdient, übrigens auch gerade wegen unserer historischen Verantwortung.

Haben Sie bei der Recherche auch auf russische Informanten zurückgegriffen?

In Russland selbst gibt es kaum noch Möglichkeiten, frei zu recherchieren. Viele sind – zumindest offiziell – auf Linie oder müssten Repressionen fürchten, wenn sie mit uns zusammenarbeiten würden. Und zur traurigen Wahrheit seit spätestens 2022 gehört auch, dass viele ins Exil gehen mussten. Man trifft sich in Berlin, nicht mehr in Moskau.

Sie sagen, dass das Außenministerium bereitwillig Akten freigegeben hat.

Vielleicht auch, damit das prominente Journalistenpaar Gloger/Mascolo den politisch Verantwortlichen mit dem Buch ein Stück weit Absolution für „Das Versagen“ erteilt?

Die Bereitschaft des Auswärtigen Amtes endete so überraschend, wie sie begann.

Sie nennen den Titel des Buches, der freut wahrscheinlich nicht alle. Wir haben lange darüber nachgedacht, ist es doch unser Ansinnen, politisches Handeln und Entscheidungen fair aus ihrer jeweiligen Zeit und Entwicklung heraus zu beschreiben. Aber am Ende muss man leider doch zu diesem Schluss kommen, dass deutsche Russlandpolitik versagt hat. Oder, wie es Wolfgang Schäuble formulierte: „Wir wollten es nicht sehen.“ Aber viele sprachen mit uns, weil sie nach dem 24. Februar 2022 echte Erschütterung verspürten, sich die Frage nach Täuschung und auch Selbsttäuschung stellten. Nichts war falsch daran, einen Di-

alog mit Putin zu versuchen und Russland als Teil Europas zu verstehen. Und nichts war falsch daran, einen Krieg in Europa verhindern zu wollen. Aber die Politik des letztlich Weiter-so, Pipelinebau und Gasspeicherverkauf inklusive, hat Putin am Ende wohl eher ermuntert, seine aggressive Politik weiterzuverfolgen.

Sie kommen im Buch aber auch zu dem Ergebnis, dass man in der Bundesregierung frühzeitig erstaunlich hellsichtig war, was Putins Vorgehen betrifft. Nur hat man nicht die richtigen Schlüsse daraus gezogen.

Als Putin 2001 im Bundestag sprechen darf, diese so umjubelte Rede hält, muss er sich im Anschluss einer Diskussion im Auswärtigen Ausschuss stellen. Wir konnten das Protokoll einsehen. Da werden Putin kritische Fragen gestellt, übrigens auch vom damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz. Putin beklagt schon damals die angeblich mangelnde Einbindung Russlands und die Kritik an seiner Politik: Er sei es leid, für seine Kriegsführung in Tschetschenien kritisiert zu werden. Es gibt also schon an diesem Tag zwei Putins zu beobachten: den einen, den vermeintlich „Deutschen im Kreml“ auf großer Bühne – und den anderen hinter geschlossener Tür. Er schaffte es, zwei unterschiedliche Botschaften zu senden – aber nur eine haben zu viele in der Politik hören wollen. 2007 folgt sein Auftritt auf der Münchner Sicherheitskonferenz, seine harte Kritik an den USA und dem Westen. Im Anschluss daran entsteht im Auswärtigen Amt ein bis heute vertrauliches Dossier, ein Szenariopapier über die Entwicklung Russlands. Ein mögliches Szenario beschreibt das „imperial-autoritäre“ Russland. Man beschreibt punktgenau die Entwicklung, die dann auch eintrat: die Annexion der Krim, Krieg im Osten der Ukraine, eine Hinwendung zu China. Ein nach innen wie außen immer autoritärer agierendes Russland. Diese erstaunlich präzise Vorhersage hat man leider als wenig wahrscheinlich bewertet.

Fatal.

Fatal war, dass es an Konsequenz fehlte, als Putin und seine ja maßgeblich aus den Geheimdiensten und Sicherheitsstrukturen stammende Machtelite immer aggressiver auftraten und agierten, gegenüber der Ukraine, auch gegenüber dem Westen und Deutschland. Den Westen und auch Deutschland betrachtet man in Moskau ja als dekadent und verweichlicht und als Gegner, gar Feind. Der hybride Krieg, über den wir heute so viel sprechen, begann schon sehr früh. Anstatt klarzumachen, dass dieses Verhalten Konsequenzen haben würde, haben wir unsere Abhängigkeit von russischem Gas weiter verstärkt. **Ein kleines bisschen Zeitenwende vor der großen Zeitenwende wäre Pflicht gewesen:** Die Bundeswehr ausrüsten, russische Geheimdienstagenten ausweisen, spätestens nach der Annexion der Krim auch konsequente wirtschaftliche Sanktionen – vor allem im Energiebereich. Es geschah allerdings viel zu wenig. Und damit bestärkte man Putin wohl in der Überzeugung, dass er am Ende mit allem davonkommt. Angriffskrieg war und ist für ihn ohnehin ein legitimes Mittel der Politik.

Wie schätzen Sie die Kriegsgefahr für die Nato ein?

Wir leben in einer außerordentlich bedrückenden, einer gefährlichen Zeit. Für meine Frau und mich war das Buch ja auch eine Art Lebensreise. Zu Beginn unserer journalistischen Laufbahnen hatten wir das große Glück, hautnah das Ende des Kalten Krieges, das Ende dieser jahrzehntelangen Konfrontation mitzuerleben – Katja als Korrespondentin in der damaligen Sowjetunion und ich am Schlagbaum am Grenzübergang Bornholmer Straße im damaligen Ost-Berlin. Das waren historische und glückliche Momente, der Aufbruch, all die Hoffnungen, diese Neugier aufeinander. Fast unvorstellbar heute.

Kommen wir von der Weltbühne zum Lokaljournalismus. Sie haben zusammen mit Netzwerk Recherche ein Fellowship ins Leben gerufen. Das Programm soll Lokaljournalistinnen und

INFO



Der Recherche-Experte

Georg Mascolo (60) ist deutsch-italienischer Journalist und Publizist. Er war von 2008 bis 2013 „Spiegel“-Chefredakteur. Von 2014 bis 2022 leitete er den Rechercheverbund von NDR, WDR und „Süddeutsche Zeitung“. Außerdem war er für die ARD als Terrorismusexperte tätig. Mascolo hat zwei Bestseller über die Coronapandemie geschrieben, einen mit seiner Frau Katja Gloger, einen mit dem Virologen Christian Drosten. Sein drittes Buch „Das Versagen. Eine investigative Geschichte der deutschen Russlandpolitik“, ebenfalls mit Katja Gloger, ist Mitte Oktober bei Ullstein erschienen.



„Wir leben in einer außerordentlich bedrückenden, einer gefährlichen Zeit.“

Georg Mascolo,
Autor

-journalisten bei investigativen Recherchen unterstützen, weil gerade im Lokalen angeblich nicht mehr gründlich recherchiert und nachgefragt wird. Woran liegt das?

Es gibt im Lokalen viel mutigen und klugen Journalismus. In Niedersachsen zum Beispiel haben unermüdliche Kolleginnen und Kollegen mit ihren Recherchen die Räumung einer der weltweit größten Giftgas-Altlasten geradezu erzwungen. Es waren aber nicht „Spiegel“ oder „Süddeutsche“, es war die „Böhme-Zeitung“. Doch gerade für den lokalen und regionalen Journalismus werden die Räume enger, durch wirtschaftlichen Druck, die damit einhergehende Ausdünnung von Redaktionen. Mit fatalen Folgen: Wenn im Lokalen ein Blatt stirbt, bedeutet das, dass womöglich niemand mehr hinschaut. Dann bricht eine nicht zu ersetzende Funktion des Journalismus weg: dass die, die über Macht verfügen, ob nun Funktionsträger oder Gewählte, vor den Bürgerinnen und Bürgern Rechenschaft ablegen müssen. Journalismus nimmt diese Aufgabe stellvertretend wahr. Das NR-Projekt steht auf zwei Säulen: Wir möchten Recherchen mit Fellowships unterstützen. Und erfahrene Kolleginnen und Kollegen aus dem Netzwerk stehen bei komplizierten Recherchen als Ratgeber oder Sparringspartner zur Verfügung.

Sie haben viele Jahre die Recherchekooperation zwischen NDR, WDR und „Süddeutscher Zeitung“ geleitet. Es gab viel Kritik an einer Wettbewerbsverzerrung, wenn private Medien wie die SZ von öffentlich-rechtlichen Geldern querfinanziert werden. Berechtigt?

Ich müsste noch ein paar der SMS und E-Mails von denen haben, die damals sagten: Wir wollen dabei sein – sonst sind wir dagegen. Auch das gab es. Ich fand es immer richtig, dass Rundfunkräte, Aufsichtsbehörden, Landesrechnungshöfe und Finanzämter einen kritischen Blick auf unser Modell geworfen haben. Was neu ist, muss sich Fragen gefallen lassen. Aber es gab keine Geheimnisse zu entdecken. Der Rechercheverbund hat immer genau einen Ange-

stellten gehabt. In meiner Zeit war das ich. Und ansonsten floss kein Geld.

Von wem wurden Sie bezahlt?

Ich hatte mit den drei Partnern eine vertragliche Vereinbarung und wurde somit auch von allen dreien bezahlt. Eines an der Kritik hat mich immer gestört: Es hieß stets, wie sehr die „Süddeutsche Zeitung“ vom ARD-System profitiert. Dabei fehlte allerdings immer, wie sehr die ARD auch von der „Süddeutschen“ profitiert. Etwa im Fall der „Panama Papers“.

Andererseits hat die SZ durch die Kooperation ein Millionenpublikum in der „Tagesschau“ erreicht.

Ja. Aber wir haben immer darauf geachtet, dass dies Ergebnis einer entsprechenden journalistischen Leistung ist. Deshalb war für mich bei jeder Recherche immer von entscheidender Bedeutung, ob unsere Recherchen etwa auch bei „Spiegel“, „Zeit“ oder „Bild“ Beachtung finden. Meine Entscheidung für den Rechercheverbund war der Wunsch, den investigativen Journalismus ein Stück weit zu verändern, kooperativer zu machen, Ergebnis vor Ellenbogen zu setzen, globalen Missständen globale Recherchen entgegenzustellen. Das ist, so hoffe ich, gelungen. Ein aktuelles Beispiel ist die Jan-Marsalek-Enthüllung – unter anderem ZDF und „Spiegel“ haben wieder einmal kooperiert. Die Bereitschaft, zusammenzuarbeiten – gerade auch international –, ist gewachsen. Das kann für den Journalismus nur von Vorteil sein. Für die ARD-Anstalten übrigens läge ein enormes Potenzial darin, dies auch untereinander stärker zu tun.

2019 sagte Klaus Brinkbäumer, einer Ihrer Nachfolger als „Spiegel“-Chefredakteur, im „kress pro“-Interview: „Der ‚Spiegel‘ hat eine gewisse Begabung darin, Leute, die er gestern noch für seine Besten hielt, bei der Konkurrenz wiederzusehen.“ Das trifft wahrscheinlich auch auf Sie zu. Und – als jüngstes Beispiel – auch auf Melanie Amann. Wie sehen Sie das?

Ich war fast auf den Tag genau 25 Jahre beim „Spiegel“. Ich habe es geliebt und habe dort bis heute viele Kolleginnen und Kollegen, die ich respektiere. Manche sind zu Freunden geworden. Ich bin dankbar für das, was ich seitdem tun konnte.

Trotzdem muss man die Frage stellen, ob gerade das Modell der Mitarbeiter-KG noch zeitgemäß ist. Nach dem Abgang von Chefredakteur Steffen Klusmann gab es Kritik an der Rolle von KG-Geschäftsführer Markus Brauck. Bei der jüngsten Wahl Anfang des Jahres hatte das fünfköpfige Gremium trotzdem keine Gegenkandidaten. Hat das Sturmgeschütz der Demokratie mit seiner eigenen Demokratie im Innenverhältnis ein Problem?

Ich kann das heute nicht mehr beurteilen und würde es auch nicht tun wollen. Die Kritik am Modell der Mitarbeiter-KG ist nicht neu. Aber ich vermute, viele Redaktionen, nicht nur in Deutschland, wären über eine solche Konstruktion ziemlich glücklich.

Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit – auf einer Skala von 1 bis 10 –, dass Sie noch mal zum „Spiegel“ zurückkehren würden, wenn es die Möglichkeit gäbe?

Denen geht es gut. Und mir auch.

Obwohl Sie so gern dort gearbeitet haben?

Beim Rechercheverbund habe ich schreiben können, aber auch Fernsehen und Radio spielten eine große Rolle. Es war eine Bereicherung, breiter und vielfältiger, als es mir beim „Spiegel“ möglich gewesen wäre. Aber ich wollte auch keine Lebensstellung mehr, obwohl man mir das vermutlich am Anfang im Verbund nicht glaubte. Heute habe ich die Freiheit, auch Bücher schreiben zu können. Ich habe nie zu denen gehört, die in der Lage gewesen wären, dies neben einem Fulltimejob zu erledigen. Mache ich das weiter? Ich weiß es nicht. Aber das Schöne ist, dass ich es auch gar nicht wissen muss.